

Josef Joffe

Die ^{wy} „Europäisierung“ Amerikas

Wie die „Pax Americana“ entstand

Zwei Jahre ^{wy} höchstens würden Amerikas Armeen nach Kriegsende in Europa bleiben. Dies weissagte der todkranke Franklin Delano Roosevelt 1945 im Gespräch mit Stalin auf der Krim-Konferenz der Großen Drei in Jalta. Amerikaner und Europas alte Großmächte sollten sich nach dem Sieg über das Hitler-Reich wieder auf sich selbst besinnen – die einen, indem sie sich wie nach dem Ersten Weltkrieg wieder in die westliche Hemisphäre zurückzögen, die anderen, indem sie die Verantwortung für die Ordnung und Sicherheit des Alten Kontinents wieder auf die eigenen Schultern luden.

Wie so viele andere, zerbrach auch dieser hehre Traum an den unbeugsamen Fakten des herausziehenden Kalten Krieges. Die Rote Armee blieb auf ihrem vorgeschobenen Posten zwischen Elbe und Oder. Europa wurde nicht befriedet, sondern geteilt. Heute, 40 Jahre später, stehen noch immer amerikanische Soldaten auf europäischem Boden. Aus den zwei Divisionen, die zu Beginn der fünfziger Jahre noch nicht heimgekehrt waren, wurden sechs, und sechs sind es geblieben. Sie sind hier nicht als Besatzungstruppen, sondern weil ihre Verbündeten es so wollten und wollen. Die 300 000 Amerikaner sollen die Sicherheit einer Viertelmilliarde Europäer garantieren – als „Geiseln en gros“, die dafür einstehen, daß die Sowjetunion Amerika angreifen muß, wenn sie gegen Westen marschiert. 40 Jahre danach – eine bizarre historische Anomalie? Das Faktum ist kaum merkwürdiger als die paradoxe Allianz der NATO-Gegner auf beiden Seiten des Atlantiks, die drüben die neo-konserva-

tive Rechte und hüben die friedensbewegte Linke umfaßt. Obwohl einander spinnefeind, sind sie sich doch einig, daß Amerika in Europa nichts mehr zu suchen habe. Amerikas neue Rechte ist davon überzeugt, daß die Zukunft ihres Landes nicht mehr im abgeschlafften, ewig nörgelnden Europa, sondern im pazifischen Raum liege. Überdies habe Westeuropa – der Sowjetunion ökonomisch wie demographisch überlegen – längst nicht mehr das Recht, sich hinter Amerikas Rücken zu verstecken. Schließlich bräuchte der Abzug einen kräftigen therapeutischen Schub: Auf sich allein gestellt, hätten die parasitären Europäer keine andere Wahl, als ihre Verteidigung endlich selbst in die Hand zu nehmen.

Triebfeder Egoismus

Der Traum der europäischen Friedensbewegung, zumindest auf ihrem äußersten Rand, ist nicht minder kühn. Verschwände erst einmal Amerika aus Europa, gäbe es keinen Grund mehr für den Verbleib der Russen. Wie weiland Candide könnten die Europäer dann endlich ihren eigenen Garten bestellen – unbehelligt von den imperialen Ambitionen der beiden Supermächte und vereint in der gemeinsamen Neutralität.

Könnte ein solcher Traum je Wirklichkeit werden? Könnte sich das westliche Europa doch eines Tages auf die eigenen Kräfte besinnen und auf die eine Supermacht verzichten, ohne die andere fürchten zu müssen?

Bis dato liefert die immerhin schon 35 Jahre alte Geschichte der europäischen Integration für derlei hochfliegende Hoffnung wenig Anlaß. Statistisch gesehen ist das Europa der Zehn gewiß eine echte Supermacht. Politisch aber ist es nach wie vor eine Ansammlung von separaten Klein- und Mittelstaaten – jeder mit auseinanderstrebenden Interessen, Identitäten und historischen Erinnerungen. Sie haben es allenfalls geschafft, Zollschranken niederzureißen, Marktverordnungen zusammenzustoßeln oder auch mal eine Erklärung zum Nahen Osten zu verabschieden. Doch gehorchen sie alle dem eigenen, nicht dem gemeinsamen Ziel. Wo sie sich einigen, ist die Triebfeder nicht das Gut des Ganzen, sondern der Vorteil eines jeden einzelnen. Und keiner hat sich je dazu durchgerungen, seinen *sacro egoismo* dem allgemeinen Willen Europas unterzuordnen.

Das letzte Wort hat noch immer die Souveränität der Nation – und nirgendwo fordert diese mächtigeren Tribut als bei der Landesverteidigung, dem härte-

sten Kern des staatlichen Entscheidungsmonopols. Erinnern wir uns an den ehrgeizigsten Fehlschlag der europäischen Integration – die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die lange vor dem NATO-Eintritt der Bundesrepublik die ursprüngliche Sechsergemeinschaft zu einer einzigen Armee zusammenschweißen sollte. Schon 1950 wurde das ausgewertete Europa von der Idee beflügelt, die Streitkräfte Frankreichs, Italiens, der Benelux-Länder und der Bundesrepublik einem europäischen Verteidigungsminister und einer europäischen Parlamentarier-Versammlung zu unterstellen.

Das Projekt zerschellte nach vier Jahren mühsamer Verhandlungen an dem Veto der französischen Nationalversammlung – und das auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, als Westeuropa noch darniederlag und von der Furcht beseelt war, daß der geschwächte Halbkontinent nach Indochina und Korea als drittes Ziel für die Aggressionsgelüste des Kommunismus herhalten würde. Die EVG ist längst in den verstaubten Annalen der Nachkriegsgeschichte versunken; dennoch bietet sie ein lehrreiches Beispiel für die Unfähigkeit Europas, die Kluft zwischen einer halbfertigen Zollunion und einem echten Staatenverband zu überbrücken.

Warum? Die EVG sollte den Rahmen für die deutsche Wiederbewaffnung abgeben. Doch wie es seinerzeit in einem französischen Bonmot hieß, mußte die geplante westdeutsche Armee zwar so stark sein, um die Sowjetunion zu beeindrucken, aber zugleich so schwach, um Luxemburg nicht zu bedrohen. Mit anderen Worten: Die Furcht vor Stalin war groß, doch noch größer war die Angst vor einem wiedererstarkten Restdeutschland. Weder die sowjetische Herausforderung noch die Zerstörung des europäischen Mächtegleichgewichts durch den Zweiten Weltkrieg war Grund genug, um die Europäer über den Schatten ihrer eigenen Geschichte springen zu lassen.

Doppelte Garantie

Zumal für die Franzosen war Moskau weit, Deutschland aber nah. Rußland war ein traditioneller Verbündeter, Deutschland der Erbfeind und Rivale. Schlimmer noch: Die USA und England, die wirklichen Sieger des Zweiten Weltkrieges waren nicht willens, sich in den kontinentaleuropäischen Verbund einzureihen. Für Frankreich bedeutete die EVG deshalb ein schlimmes Verlustgeschäft: Hier sollte sich ein Sieger mit dem Besiegten auf eine Stufe stellen und dann noch alleine mit einem Land auskommen, das sich in drei Generationen dreimal als tödlicher Feind entpuppt hatte. Was Wunder, daß am Ende dieses steinigten Weges das harsche Nein der Nationalversammlung stand.

Quelle

Datum

Noch lehrreicher als der Untergang der EVG ist ihre Nachgeschichte. Warum gaben die Franzosen nur wenige Wochen später ihren Widerstand gegen die deutsche Aufrüstung auf und ebneten der Bundesrepublik den Weg in die NATO und die Westeuropäische Union (WEU). Die schlichte Antwort ist, daß NATO und WEU viel stärkere Garantien gegen ein Wiederaufleben der „deutschen Gefahr“ boten als die nunmehr geplatzte EVG. In der Westeuropäischen Union (die im übrigen noch heute besteht) war England Mitglied und somit ein kräftiges Gegengewicht zur Bundesrepublik; in der NATO erfüllten die USA die gleiche Funktion. Hinzu kam, daß London Frankreich eine entscheidende Beruhigungsspielle reichte, indem es versprach, vier Divisionen auf dem Kontinent zu stationieren und diese „nicht gegen den Willen der Mehrheit abziehen“. Ein ähnliches Präsenzgelübde kam aus dem Munde des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles.

Zwar ist all dieses längst vergessen, doch zehrt Westeuropa noch heute von der Investition, die Amerika – wenn auch widerwillig – in das europäische Staatensystem einbrachte. Überspitzt formuliert: Ohne die amerikanische Dauerpräsenz, die damals besiegelt wurde, wären Bonn und Paris wohl kaum das „Tandem“ (wie es Helmut Schmidt einmal ausdrückte), das seit Jahrzehnten den Gang der europäischen Dinge bestimmt. Auch wäre Westeuropa wohl kaum die Insel des Friedens, auf der die alten Rivalitäten zwar fortbestehen, aber die existentielle Angst der Kleinen vor den Großen und der Großen voreinander kein Datum der Politik mehr ist.

Mit seiner permanenten Einbindung hat es Amerika den Westeuropäern erspart, eine eigene Verteidigungspolitik zu entwickeln. Dies läßt auf den ersten Blick kaum eine revolutionäre Umwälzung ahnen, doch bedeutet die „Europäisierung“ Amerikas in Wahrheit einen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte eines Kontinents, der sich jahrhundertlang immer wieder selbst zerfleischt hatte. Mit der *Pax Americana* wurden zum erstenmal seit dem Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches die ehernen Regeln des Selbsthilfesystems außer Kraft gesetzt, das jeden Staat zwingt, sich gegen alle anderen zu wappnen, sie notfalls zu bekriegen, bevor sie zu einer übermächtigen Gefahr heranwachsen. Zehn Jahre nach dem blutigsten aller europäischen Kriege bot Amerika plötzlich eine doppelte Garantie: Sie galt nach innen wie nach außen. Nach außen schützte sie die Verbündeten vor der Supermacht Sowjetunion; nach innen schützte sie die Westeuropäer vor sich selbst – vor ihren Ängsten, Rivalitäten und Ambitionen.

Damit wurde der westeuropäischen Zusammenarbeit der existentielle Stachel gezogen; die uralte Logik der Realpolitik („dein Gewinn ist mein Verlust“) konnte der neuen Logik der Integration („dein Gewinn ist auch meiner“) weichen. Welche Revolution sich da angebahnt hatte, läßt sich am besten am Schicksal der Weimarer und der westdeutschen Republik ablesen. Im krassen Kontrast zur Zwischenkriegszeit, als die Ängste der Sieger und die Ressentiments der Besiegten einen Teufelskreis von Repression und Revanchismus zeitigten, konnten sich Adenauer und de Gaulle in die Arme sinken, weil hinter ihnen eine größere Macht – nämlich Amerika – stand, die beide gegen die Risiken ihrer Gutgläubigkeit absicherte. Schon 1957 gab deshalb Frankreich das Saarland zurück, anstatt – wie 1923 – das Rheinland zu besetzen. Die kleineren Staaten Westeuropas konnten sich auf das Abenteuer der Integration mit den Großen einlassen, weil sie deren Übermacht nicht zu fürchten brauchten. Selbst England konnte sich letztendlich mit den „Kontinentalen“ zusammenschließen, weil die amerikanische Präsenz seine Uralt-Rivalitäten zu Frankreich und Deutschland entschärfte.

Heute ist die Übermacht der wiedererstarkten Deutschen nicht mehr die *idée fixe* aller Nachbarn; im Gegenteil, die Bundesrepublik hat sich als Inbegriff europäischer und atlantischer Tugend erwiesen, gerade weil sie nicht in die vergiftete Atmosphäre der Weimarer Zeit zurückgestoßen wurde. Wäre es da nicht möglich, daß Europa nun doch seine Geschichte überwunden hat, daß eine so stabile Ordnung auch ohne die Korsettstangen leben kann, die Amerika vor einem halben Menschenalter eingezo-gen hat?

Geschichte wiederholt sich nicht, doch kehrt sie oft im unverhofften Gewande zurück. Wiederum bietet Frankreich das anschaulichste Beispiel. Im Jahre 1954 verteilte der Radikalsozialist Edouard Herriot die EVG als „das Ende Frankreichs“, als „einen Schritt nach vorn für Deutschland“ und „einen Schritt zurück für Frankreich“. Ein knappes Vierteljahrhundert später ermahnte der französische Staatspräsident sein Parlament: Unsere „Streitkräfte dürfen nie schwächer als die der anderen Kontinentalmacht, also Deutschland, sein“. Dies war Kontinuität *par excellence*, um so mehr als diese Worte aus dem Munde von Giscard d'Estaing stammten, nicht gerade ein in der Wolle gefärbter Gaullist und ein Intimfreund des damaligen Bundeskanzlers Schmidt.

War es in den 50er Jahren die vermeintliche Stärke der Bundesrepublik, welche die Franzosen schreckte, so war es zu Beginn dieses Jahrzehnts deren vermeintliche Schwäche – aber *beidesmal* als Bedrohung der französischen

Sicherheit. Was Wunder, daß Staatsräson sowohl über gaullistische Orthodoxie als auch über sozialistische Gesinnung triumphierte. In dem einen Fall mauserte sich der Präsident der Linken, François Mitterrand, zum treuesten Freund Amerikas, der mit Verve für die Nachrüstung eintrat – als Riegel nicht nur gegen die sowjetischen SS-20-Raketen, sondern auch gegen das deutsche Abdriften in den pazifistischen Neutralismus. In dem anderen Fall schob Mitterrand rüde alle ideologische Solidarität beiseite und unterstützte demonstrativ die Wiederwahl von Helmut Kohl, weil er kein Vertrauen mehr in die NATO-Treue der SPD setzte.

Ein deutscher Traum

So mancher deutsche Sozialdemokrat hat ihm das sehr übelgenommen, nur darf es nicht überraschen, daß die Sorge um die eigene Sicherheit noch heute derart dicht unter der Decke der alltäglichen Zusammenarbeit lauert. So haben sich die Regierenden immer verhalten, so müssen sie sich verhalten, solange sie bloß in einem Zollverbund und nicht in einem Bundesstaat leben. Wenn sie diesen Sprung – wie die letzten 30 Jahre überdeutlich zeigen – nicht schaffen, wie sollen die Europäer dann den härtesten Kern der staatlichen Souveränität knacken und eine Verteidigungsgemeinschaft ohne den großen Bruder aus Übersee zusammenschreiben? Das Dilemma ist heute noch kniffliger als zu Zeiten der unglückseligen EVG. Letztendlich heißt Sicherheit heute atomare Abschreckung. Westeuropa könnte sich nur dann von den Vereinigten Staaten lösen, wenn es ein atomares Gegengewicht zur Sowjetunion in die Waagschale werfen könnte.

Ist es indes vorstellbar, daß die englischen und französischen Kernwaffen die Rolle des amerikanischen Schutzschirms übernehmen und die Bundesrepublik sowie die anderen nuklearen Habenichtse glaubhaft abdecken? Dies ist der Traum so mancher deutschen „Gaullisten“, auf der Linken ebenso wie auf der Rechten, die sich an der Abhängigkeit von Amerika scheuern. Doch ein Traum wird es bleiben.

Zum ersten sind die Potentiale Frankreichs und Englands dieser Aufgabe nicht gewachsen. Die *Force de Frappe* mag vielleicht einen Angriff auf das eigene Land abschrecken, dem „Bären eine Tatze ausreißen“, wie es de Gaulle einst ausdrückte. Einen wirklichen Schlagabtausch mit dem Riesenarsenal der Sowjetunion aber würde diese mit der linken Hand gewinnen.

Zum zweiten wissen auch die Franzosen um ihre Verwundbarkeit, und deshalb haben sie stets insistiert, daß sich Atomwaffen nicht „vergesellschaften“

lassen, daß sie nur ihre eigentlichen Besitzer schützen. Wenn kein Land Selbstmord für ein anderes riskieren wird – und bei einer Mini-Macht wie Frankreich wäre dieser unumstößlich –, wo bleiben dann die Deutschen, die Italiener und die anderen?

Eiserner Vorbehalt

Es folgt, daß eine europäische Abschreckungsmacht nicht bloß aus ihren französischen und englischen Einbringern bestehen könnte – sozusagen als atomare Leihgabe an die Verbündeten. Letztendlich erfordert eine westeuropäische Verteidigung minus Amerika die Nuklearisierung der Bundesrepublik und der anderen Habenichtse. Derlei Entwicklung müßte freilich frontal mit den ungeschriebenen Gesetzen der europäischen Einigung kollidieren. Erinnern wir uns: Mit Frankreich an der Spitze haben die Nachbarn Deutschlands die Integration und Wiederbe-

waffung der Bundesrepublik nur akzeptiert, weil Bonn bei seinem Eintritt in die NATO vor genau 30 Jahren massiven Souveränitätsverzicht leistete, vorneweg mit dem Schwur der atomaren Enthaltbarkeit.

An diesem eisernen Vorbehalt hat sich auch heute nichts geändert. Zwar locken gerade die Franzosen immer wieder mit der militärischen Zusammenarbeit. Nur: Trotz aller wohlgemeinten Versuche, einen kontinental-europäischen Anker für die Bundesrepublik zu werfen, kann Frankreich den Deutschen bei den Atomwaffen weder Gleichheit noch Brüderlichkeit gewähren. Atomwaffen (und Residualrechte aus der Zeit der Vier-Mächte-Kontrolle) sind die einzigen Rangabzeichen, die Frankreich dem überlegenen wirtschaftlichen und konventionellen Potential seines alten Rivalen entgegenhalten kann. Da Kernwaffen, wie die Franzosen nicht aufhören zu beteuern, nicht mit anderen geteilt werden kön-

nen, wird Paris immer wieder locken, aber nie liefern. Es sei noch einmal Giscard d'Estaing, der germanophilste aller französischen Präsidenten zitiert: „Ich lehne es kategorisch ab, daß Frankreich der Bundesrepublik zu Atomwaffen verhelfen soll. Dies ist nicht im Interesse Frankreichs, der Bundesrepublik, Europas oder der Entspannung.“ Noch brutaler hat es ein enger ehemaliger Mitarbeiter des derzeitigen Verteidigungsministers Hernu ausgedrückt: „Sollten die Westdeutschen je nach Atomwaffen greifen, wäre dies der Grund für eine gesamteuropäische Kriegserklärung an die Bundesrepublik.“

Das Fazit: Auf sich allein zurückgeworfen, wird Westeuropa kaum verwirklichen können, was die Gegner der amerikanischen Europa-Bindung hüben wie drüben fordern. 40 Jahre nach Kriegsende mag die „Europäisierung Amerikas“ als ein historischer Atavismus erscheinen, doch lassen weder Geschichte noch Logik erwarten, daß der Halbkontinent ohne diese Krücke auskommen wird.

Der Verzicht auf die *Pax Americana* erfordert einen Quantensprung der europäischen Einigung. Dagegen aber steht das zentrale Paradox der europäischen Nachkriegsgeschichte: Westeuropa klaffendes Sicherheitsdefizit hat nie ausgereicht, um die partikularistische Logik des Nationalstaates außer Kraft zu setzen, im Gegenteil. Die Westeuropäer haben sich nicht zusammengeschlossen, um ihr Sicherheitsproblem zu meistern; sie haben sich auf diese ungewisse Reise nur eingelassen, weil dieses existentielle Problem von einem mächtigen Außenseiter selbst gelöst worden ist.

Daß Europa und Amerika unter ihrer gegenseitigen Abhängigkeit leiden, ist kein Geheimnis. Geheimnis bleibt, wie sie es ohne einander schaffen können.

★
(Dieser Beitrag beruht auf einem längeren Artikel, den der Verfasser unter dem Titel „Europe's American Pacifier“ in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy* [Nr. 58] veröffentlicht hat.)